



CSU GEGEN SPD-SCHULDEN-SOLI

Die SPD plant, den Solidarzuschlag (Soli) über 2019 weiterlaufen zu lassen und zur Schuldenvergemeinschaftung zu mißbrauchen. Aus dem Soli sollen dann die Altschulden der Länder bezahlt werden. **Das lehnt die CSU ganz klar ab!** CSU-Generalsekretär **Alexander Dobrindt**: „Mit dem Soli muss 2019 definitiv Schluss sein. Wir werden nicht zulassen, dass die SPD den Soli endlos verlängert und damit den Schuldenlendrian von Ländern wie Bremen oder Nordrhein-Westfalen finanziert.“

Die SPD will den Soli zum Schulden-Soli machen. Das ist nichts als ein billiger Trick, um die Schuldenmacher zu verschonen und die Steuerzahler in soliden Ländern wie Bayern zu schröpfen. Alexander Dobrindt: „**Jeder muss seine Schulden selber zahlen, das bleibt die Devise solider Finanzpolitik. Aber die SPD sucht mit Eurobonds oder Schulden-Soli nur nach Wegen, die Schulden auf andere abzuwälzen.**“ Bayern ist das beste Beispiel für solide Haushaltspolitik: „**Wir in Bayern tilgen bis 2030 komplett unsere Altschulden und wollen deshalb nicht ab 2019 auch noch für die Altschulden der anderen Länder blechen.**“

Hintergrund: Der Soli wurde 1991 eingeführt, um die Kosten der Deutschen Einheit mitzufinanzieren. Er wird auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben und endet 2019.

Der SPD-Schulden-Soli würde bedeuten, dass die solide wirtschaftenden Länder wie Bayern die Schuldenmacher in anderen Länder finanzieren müssen — und das, obwohl Bayern im Jahr 2020 einen Großteil seiner Altschulden getilgt haben wird und obwohl Bayern schon heute über den Länderfinanzausgleich Unsummen für andere Länder (3,5 Mrd. Euro jährlich!) aufbringen muss.

Impressum
CSU-Landesleitung
Franz Josef Strauß-Haus,
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Verantwortlicher: Bernhard Schwab,
Hauptgeschäftsführer